

*Alternativlos? Privatisierung in der Tschechischen Republik der 1990er Jahre:
Szenarien, Entwicklungsweg, Retrospektiven*

Die Studie ist Teil eines am Institut für Zeitgeschichte durchgeführten Forschungsprojekts zur Geschichte der Treuhandanstalt, in dessen Rahmen nicht nur die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft, sondern auch internationale Dimensionen der Privatisierungspolitik untersucht werden. Sie widmet sich dem Privatisierungsprozess, der im Zuge der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei bzw. in der Tschechischen Republik in den 1990er Jahren stattfand. Basierend auf einem breiten Korpus von Forschungsliteratur, insbesondere auch der tschechischsprachigen, sowie gedruckten und archivalischen Quellen wird dieser Prozess nicht nur aus einer wirtschaftsgeschichtlichen Perspektive betrachtet, sondern auch in seine größeren politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eingebettet.

Insbesondere wird untersucht, inwieweit der Entwicklungsweg, der bei der Privatisierung eingeschlagen wurde, ‚alternativlos‘ war bzw. als ‚alternativlos‘ angesehen wurde. Auf diese Weise werden (bestehende) teleologische Narrative überwunden und dem kontingenten Charakter dieses Entwicklungsweges wird Rechnung getragen. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf den Diskursen, die während verschiedener zeitlicher Phasen sowie aus verschiedenen Perspektiven, sei es von (un-)mittelbar Beteiligten oder auch von Beobachtern des Privatisierungsprozesses (z.B. von ‚westlichen‘ Beratern oder der in- und ausländischen Presse), geführt wurden.

Dementsprechend richtet sich ein wichtiges Augenmerk der Studie auf die Szenarien, die vor allem (Wirtschafts-)Wissenschaftler ab etwa Mitte der 1980er Jahre entwarfen – also noch ohne die Aussicht auf einen ‚echten‘ Systemwechsel. Untersucht wird, inwiefern die Reformvorschläge, die z. B. am Prognostischen Institut (Prognostický Ústav) oder am Ökonomischen Institut (Ekonomický Ústav) der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften verfasst wurden, das Thema Privatisierung behandelten und welche Reaktionen es von staatlicher Seite auf diese Überlegungen gab. Mit Blick auf die 1990er Jahre wird geprüft, welche Parallelen es zwischen den im wissenschaftlichen Kontext entwickelten Privatisierungsplänen und dem tatsächlich eingeschlagenen Privatisierungspfad gab.

Ein weiterer Fokus der Studie liegt folglich auf den Reformvorschlägen, die unmittelbar nach dem Ende des Staatssozialismus diskutiert wurden. Zu klären wird sein, aus welchen Gründen sich einzelne Reformvorschläge im politischen Entscheidungsprozess durchsetzen

konnten – wobei dem Argument der ‚Alternativlosigkeit‘ besondere Aufmerksamkeit eingeräumt wird – und wie diese Weichenstellungen von medialer und gesellschaftlicher Seite wahrgenommen wurden. Davon ausgehend werden einzelne thematische Schwerpunkte gesetzt, um den konkreten Entwicklungsweg der Privatisierung, jeweils im Abgleich mit den vorher aufgestellten Szenarien bzw. Plänen, nachzuvollziehen. Solche Schwerpunkte werden u. a. die Kuponprivatisierung, die Rolle von Investmentfonds sowie Joint Ventures sein, die mit ‚westlichen‘, insbesondere mit deutschen Wirtschaftspartnern abgeschlossen wurden (exemplarisch untersucht wird die Zusammenarbeit von Volkswagen und Škoda).

In einem letzten Schritt widmet sich die Studie retrospektiven Bewertungen des Privatisierungsprozesses, die ab der Mitte der 1990er Jahre (und bis in die Gegenwart hinein) nicht nur von politischer, sondern auch von wissenschaftlicher und medialer Seite vorgenommen wurden. Zum einen wird beleuchtet, in welchem Ausmaß sich die während der unmittelbaren Transformationszeit von verschiedenen Akteuren vertretenen Standpunkte in der Rückschau veränderten – vor allem auch im Hinblick auf die Frage, ob alternative Privatisierungswege zu besseren Ergebnissen geführt bzw. Fehlentwicklungen verhindert hätten. Zum anderen wird erörtert, inwieweit die in Folge der Privatisierung entstandenen Eigentumsverhältnisse auch im Hinblick darauf bewertet wurden, ob sie kompatibel mit den Anforderungen waren, die zu Beginn des EU-Beitrittsprozesses an die Tschechische Republik gestellt wurden.

Dr. Eva Schäffler
Institut für Zeitgeschichte, Forschungsabteilung Berlin
Finckensteinallee 85/87
12205 Berlin
Tel.: +49 (0)30 187770-132
E-Mail: e.schaeffler@ifz-muenchen.de